

CORONA UND JETZT?

KRISE BEKÄMPFEN UND
KOSTEN FAIR VERTEILEN



100 JAHRE
GERECHTIGKEIT

■ Dieses Service ist dank
Ihres AK-Beitrags möglich



So meistern wir die Herausforderungen der Krise

Österreich befindet sich in der größten Gesundheits- und Wirtschaftskrise der zweiten Republik. Salzburg ist besonders betroffen: In unserem Bundesland gibt es Rekordarbeitslosigkeit, mehr als jeder Zweite war bzw. ist in Kurzarbeit. Angesichts der dramatischen Lage am Arbeitsmarkt und der Gefahr der Verarmung der Mittelschicht muss ein Zukunftsprogramm größer, umfangreicher und mutiger ausfallen als alles, was Salzburg in den vergangenen Jahrzehnten gesehen hat.

Mit der Konjunktur verhält es sich wie mit einer Pandemie – je früher Gegenmaßnahmen getroffen werden, desto geringer fallen die Kosten aus. Es ist daher ein Gebot der Stunde, die ökonomische Krise früh und konsequent zu bekämpfen, niemanden zurückzulassen und in eine gerechtere ökologische Zukunft zu investieren. Die Lehren aus der Krise und unsere Forderungen finden Sie auf den nächsten Seiten.

Peter Eder
AK-Präsident
ÖGB-Landesvorsitzender



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

CORONA UND JETZT?

KRISE BEKÄMPFEN UND KOSTEN
FAIR VERTEILEN

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10,

5020 Salzburg, T: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at

Autorin: MMag.^a Michaela Schmidt

Titelfoto: Suriyapong@stock.adobe.com

Redaktion: Florian Brauer

Grafik: Ursula Brandecker

Druck: Eigenvervielfältigung

Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: Juni 2020

1. Lehren aus der Krise

Die Bekämpfung der Pandemie verlangt uns als Gesellschaft einiges ab. Probleme, die schon vor der Krise da waren, zeigen sich nun ganz deutlich und fortschrittliche Lösungen werden umso wichtiger.

Stabiles, öffentliches Gesundheitssystem hat Vorrang:

Oft haben wirtschaftsliberale Akteure und auch der Rechnungshof in Österreich die Ineffizienz der öffentlichen Gesundheitsversorgung und die Überlegenheit privater Systeme propagiert und auf Einsparungen beispielsweise bei den Spitalsbetten gedrängt. Wie hart die Pandemie in jenen Ländern zuschlägt, die nur auf ein rudimentäres oder überhaupt kein öffentliches Gesundheitssystem zurückgreifen können, zeigt sich gerade in anderen Ländern.

Mit dem Sozialstaat und der Sozialpartnerschaft durch die Krise:

Eine erfolgreiche Krisenbekämpfung funktioniert nur, wenn auch in „guten Zeiten“ ein starker Sozialstaat mit seinen Institutionen vorhanden ist. Und wie unermesslich wichtig diese Leistungen für jede und jeden Einzelnen sowie für das gesamte öffentliche Gemeinwesen sind, zeigt sich aktuell mehr denn je. Auch die schon totgesagte Sozialpartnerschaft erlebt in der Krise wieder einen gehörigen Aufwind. Die ausverhandelte Kurzarbeit hat einen noch schlimmeren Absturz bisher verhindert.

Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Einkommen bei „Systemrelevanz“:

Auch in der Krise wurde die Versorgungssicherheit aufrechterhalten, etwa bei Lebensmitteln, Verkehrsdienstleistungen, Paketzustellungen oder Sozial-, Gesundheits- und Pflegeleistungen. Die schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen der Beschäftigten in diesen Branchen werden jedoch nicht thematisiert und verbessert. In der Vergangenheit wurden diesen Arbeitskräften, die nicht in Österreich leben, sogar Familienleistungen gekürzt. Wertvolle Arbeit für die Gesellschaft braucht auch gute Bezahlung und Beschäftigungsbedingungen, damit Menschen z.B. in der 24-Stundenbetreuung oder Erntearbeit durch gute Löhne ein existenzsicherndes und würdevolles Leben gewährleistet wird.

Ungleichheit wird verschärft:

Die Betroffenen der Krise sind viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Einkommen verlieren sowie die kleinen Selbstständigen, deren Einkommen nur teilweise ersetzt wird. Besonders Junge sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen tragen wie bisher, aber nun noch deutlich sichtbarer die Last der Vereinbarkeit. Die Finanzierung der Krise bedingt daher einerseits einen bei weitem höheren Beitrag von Reichen und Großkonzernen. Keinesfalls dürfen die Kosten der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt und die soziale Infrastruktur, Städte sowie Gemeinden kaputtgespart werden.

2. Zukunftsinvestitionen forcieren, Regional agieren: 10.000 Arbeitsplätze schaffen

Land und Gemeinden erwarten Einnahmenausfälle und müssen doch Konjunkturmotor sein: Rund ein Drittel aller Ausgaben des österreichischen Gesamtstaats werden von Ländern und Gemeinden getätigt. Die Corona-Krise wird den Gemeinden 100-150 Mio. Euro kosten, weil Einnahmen wegbrechen und Ausgaben steigen.

Besonders relevant ist der Einbruch im Tourismus: Bis zu 22 Prozent werden in normalen Zeiten durch Tourismus- und Freizeitbetriebe in Salzburg erwirtschaftet. In vielen Bezirken hängt die Hälfte der gesamten Wertschöpfung direkt oder indirekt am Tourismus. Die öffentliche Hand muss daher jetzt einspringen und Investitionen vorziehen. Keinesfalls dürfen diese in die ferne Zukunft verschoben werden. Wenn das Land Salzburg in den kommenden 3 Jahren 450 Millionen Euro investiert, werden mehr als 10.000 Arbeitsplätze geschaffen! Dafür müssen die investitionshemmenden Regeln, die eine Neuverschuldung verhindern, beseitigt werden.

Investitionen: Die Zukunft ist ökologisch

Salzburg braucht in den nächsten 10 Jahren 60 Millionen jährlich für Investitionen in Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik. Auf 70.000 Dächern sollen Photovoltaikanlagen installiert werden. Der öffentliche Verkehr muss massiv ausgebaut werden. Zusätzliche 10 Millionen Euro jährlich für die kommenden 3 Jahre für die thermische Sanierung wären eine weitere Zukunftsinvestition für Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Investitionen: Die Zukunft ist regional

Projekte in den Gemeinden kommen den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute. Das Land muss die Gemeindeausgleichsfonds auf 60 Mio. verdoppeln, damit die Gemeinden alle ihre Investitionen durchziehen können bzw. Investitionen vorziehen können. Kein Bürgermeister darf Angst haben, dass er auf diesen Kosten sitzenbleibt.

Die Gemeinden brauchen Zugang zu günstigen Krediten der Bundesfinanzierungsagentur und ein kommunales Investitionsprogramm des Bundes.

Investitionen: Die Zukunft ist digital

Der Corona-Lockdown hat gezeigt: Wir haben noch einen weiten Weg zur Digitalisierung für Alle vor uns. Im ländlichen Raum muss in Breitband und Telearbeit-Möglichkeiten investiert werden, für kleine Unternehmen braucht es Digitalisierungshilfen.

Investitionen: Die Zukunft ist sozial

Modernisierte Schulen, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze, ein Ausbau der mobilen Pflege oder eine Wohnbauoffensive schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern verbessern die Vereinbarkeit, die Wohnsituation und erhöhen die Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

Investitionen: Die Zukunft ist europäisch

Die Wirtschaftskrise ist eine weltweite Krise: Infolge des Lockdowns wird weniger produziert und verdient, Konsum und Investitionen brechen ein, eine Konkurswelle rollt. Die EU braucht ein Wiederaufbauprogramm für die Zeit nach der Pandemie, das mit dem von der EU-Kommission angestrebten „Green Deal“ verbunden sein muss. Neben einer gemeinsamen, solidarischen Finanzierung braucht es auch einen gemeinsamen Kampf und mehr Steuergerechtigkeit.

3. Rekordarbeitslosigkeit bekämpfen, Einkommen sichern

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie führten innerhalb kürzester Zeit in Salzburg zu einer Verdoppelung der Arbeitslosenquote auf einen Rekordwert von rund 10 Prozent. 27.000 Personen in Salzburg haben derzeit keine Arbeit. Zum Vergleich: Der bisherige Höchststand an Arbeitslosen lag bei 21.000 Personen im November 2015 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Tausende Arbeitsplätze sind verlorengegangen. Besonders betroffen sind die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Tourismus und Handel. Der starken Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde durch ein Kurzarbeitsprogramm ungekannten Ausmaßes noch abgefedert: Fast die Hälfte der Beschäftigten (mehr als 100.000 Personen) sind zur Kurzarbeit angemeldet.

Arbeitslosigkeit bis 2021 auf Vorkrisenniveau senken

Prioritäres wirtschaftspolitisches Ziel muss es sein, die Zahl der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres (zumindest) wieder auf das Niveau von 2019 zu verringern. Dazu braucht es neben der Kurzarbeit und ausreichend Personal im Arbeitsmarktservice:

- Prüfen einer Branchenstiftung für den Tourismus für besonders Betroffene
- Jobgarantie: 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze für gemeinnützige Tätigkeiten
- Es ist nicht hinnehmbar, dass manche Branchen trotz massiver Arbeitslosigkeit weiter im Arbeitskräftereservoir anderer Staaten wildern, um die Kosten niedrig halten zu können: Die Mangelberufsliste für Drittstaaten muss aktualisiert und das Saisonkontingent abgesenkt werden.
- Qualifizierung für Fachkräfte insbesondere in Branchen in denen es sehr wahrscheinlich zu einem Strukturwandel kommt (z.B. Teile des Tourismus oder der Luftfahrt)
- Qualifizierung in zukunftssträchtige und systemrelevante Wirtschaftsbereiche, wie etwa Gesundheit und Pflege
- Recht auf eine 2. Chance für alle mit Qualifizierungsgeld. Viele müssen und wollen beruflich neu starten, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern, diese intrinsische Motivation muss aufgegriffen und unbürokratisch bestärkt werden.

Einkommen sichern und Armut verhindern

Um ein Abgleiten in die Armut zu verhindern und gleichzeitig Kaufkraft zu sichern, müssen die niedrigen Einkommen in versorgungskritischen Branchen erhöht werden, etwa bei Lebensmitteln, im Handel, Verkehrsdienstleistungen, Paketzustellungen oder Sozial-, Gesundheits- und Pflegeleistungen und das Arbeitslosengeld angehoben werden.

- Steuerfreier Mindestlohn von 1.700 Euro
- Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe auf 70 % Nettoersatzrate
- Corona-Tausender: 1.000 Euro für all jene, die das Land während der Krise am Laufen halten und sich damit einem erhöhten Gesundheitsrisiko aussetzen

4. Mit Sozialstaat aus der Krise

In der größten Gesundheitskrise der zweiten Republik zeigt sich, dass das neoliberale Modell, das primär auf den Markt, preislichen Wettbewerb und Sparpolitik bei den öffentlichen Haushalten setzt, scheitert und ein gut ausgebauter Sozialstaat mit einem guten Gesundheitssystem, hoher sozialer Absicherung und gutem Bildungssystem unverzichtbar ist. Wertvolle Arbeit für die Gesellschaft braucht aber auch gute Bezahlung und Beschäftigungsbedingungen.

Einnahmen der Sozialversicherung sichern

Die sinkenden Einnahmen der Sozialversicherung belasten das Gesundheitssystem massiv. Es braucht eine Ausfallhaftung des Bundes für die Krankenversicherung bis 2022 und die Wiederherstellung der regionalen Selbstverwaltung.

Öffentliche Pflege ausbauen

Die Corona-Krise hat die Mängel im Pflegesystem aufgezeigt: fehlende Fachkräfte, schlechte Arbeitsbedingungen, keine leistbare professionelle mobile Versorgung und den hohen Anteil informeller Angehörigenpflege. Eine Erhöhung des Versorgungsgrades in der mobilen Pflege von derzeit 24 Prozent auf 40 Prozent bis 2025 schafft 1.400 Arbeitsplätze, rund 800 davon in der Pflege.

Kinderbetreuung ausbauen

Eine Anhebung der Betreuungsquote für unter 3-Jährige auf 50 Prozent bis zum Jahr 2025 bedeutet: 5.700 zusätzliche Plätze in elementaren Bildungseinrichtungen für unter 3-Jährige und 2.700 zusätzliche Arbeitsplätze.

Armutsfestes letztes soziales Netz in Salzburg

Die Krise zeigt einmal mehr, wie wichtig ein gut ausgebauter Sozialstaat ist. Die neue Sozialhilfe wird mit 1.1.2021 auch in Salzburg mit Höchstsätzen, fehlenden Sonderzahlungen und Deckelungen in Kraft treten. Die Landesregierung sollte die Zeit nutzen und Nachbesserungen im Salzburger Sozialunterstützungsgesetz vornehmen. Es braucht ein armutsfestes letztes soziales Netz in Salzburg (beispielsweise für prekär Beschäftigte, Selbstständige, Künstler). Das schützt nicht nur vor Armut, sondern sichert auch Kaufkraft.

5. Krisenkosten fair verteilen

Gerade die unterschiedliche Betroffenheit durch die Krise zeigt, dass die Reichsten der Gesellschaft einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten müssen. Österreich ist immer noch eines der Schlusslichter unter den Industriestaaten bei vermögensbezogenen Steuern.

Historisch haben Steuern auf große Vermögen immer wieder dazu beigetragen, die Kosten von Krisen nicht nur auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren. Die Steuerpolitik des New Deal nach der verheerenden Weltwirtschaftskrise 1929 in den USA war nach oben gerichtet. Die progressiven Steuern auf Einkommen wurden bis zu einem Spitzensteuersatz von 79 Prozent angehoben. Auch Erbschaften wurden mit bis zu 77 Prozent besteuert. Ungleichheit ist auch in Zeiten von Pandemien und Krisen keine unaufhaltsame Naturgewalt – sie ist eine politische und Gerechtigkeitsfrage und durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse veränderbar. Daran sollten wir uns erinnern, wenn sich die Frage nach einer gerechten Finanzierung der Krisenkosten stellt.

1. Solidarbeitrag von MillionärInnen & MilliardärInnen

- Befristete Vermögensabgabe für Vermögen über 10 Millionen des obersten 1 Prozents.
- Befristete Anhebung der Kapitalertragssteuer auf Dividenden (35 Prozent)
- Befristete Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer auf 75 Prozent für Millioneneinkünfte.

2. Schiefelage im Steuersystem beseitigen

- Arbeitseinkommen sollen weniger, Vermögen und Konzerngewinne hingegen nachhaltig stärker besteuert werden.
- Keine Steuergeschenke wie Senkung der Körperschaftssteuer.
- Steuer für jene Digital-Konzerne, die bei uns fast keine Steuern zahlen.
- Einführung einer Millionärssteuer und Erbschaftssteuer ab 1 Mio. Euro Nettovermögen.

3. Sozial und ökologisch steuern

- Europaweite Kerosinbesteuerung: Flugzeugtreibstoff ist weder mit Mineralölsteuer noch Umsatzsteuer belastet. Dies ist eine massive Wettbewerbsverzerrung zu Gunsten der Flugbranche auf Kosten des Bahnverkehrs (Kurz- und Mittelstrecken)
- Flächendeckende LKW-Maut
- Leerstandsabgabe für leerstehende Wohnungen, die dem Wohnungsmarkt fehlen.



AK | **100**
JAHRE
GERECHTIGKEIT

Gerechtigkeit lässt nicht nach.

Besonders in Krisenzeiten braucht es jemanden, der darauf schaut, dass es gerecht zugeht. Jetzt geht es darum, Österreich neu zu starten und die Menschen die täglich daran mitarbeiten, zu stärken. Für sie setzt sich die Arbeiterkammer mit aller Kraft ein.

Vor der Krise, während der Krise und auch nach der Krise.

ARBEITERKAMMER.AT/NEUSTARTEN

#FÜRIMMER